

---

Stephan Leibfried

---

Die angepaßte Universität

---

Zur Situation der Hochschulen  
in der Bundesrepublik und den  
USA

---

---

edition suhrkamp

---

SV

---

edition suhrkamp

Stephan Leibfried, geboren am 1. Februar 1944 in Göttingen/Leine, studiert Rechtswissenschaft und Soziologie in Berlin. Er hat einen vierjährigen Aufenthalt in den USA hinter sich und ein zweijähriges Studium an einem amerikanischen College. 1966 war er stellvertretender politischer Referent des ASTA an der Freien Universität Berlin. Er ist Mitherausgeber des Sammelbandes *Wider die Untertanenfabrik* (1967).

Demokratisierung der Hochschule, Studienreform, Studentenrevolte – so lauten die Schlagworte für die Unruhe an den deutschen Universitäten, in der das Mißbehagen der Studenten und die Zweifel zahlreicher Professoren an der »autoritären Struktur« der »Wissensfabrik« zum Ausdruck kommen. Leibfried geht in dieser Schrift den Ursachen der Unzufriedenheit nach und ermittelt ihre objektiven Bedingungen. Ein Vergleich mit der Situation an den amerikanischen Universitäten macht die Reichweite der gegenwärtigen Auseinandersetzung deutlich, in deren Mittelpunkt ein veränderter Begriff von Bildung und Erkenntnis steht.

Stephan Leibfried  
Die angepaßte Universität  
Zur Situation der Hochschulen  
in der Bundesrepublik und den  
USA

Suhrkamp Verlag

2. Auflage 2015

Erste Auflage 1968

edition suhrkamp 231

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1968

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,  
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung  
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages  
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme  
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-10265-7

# Die angepaßte Universität

»Eine Wissenschaft, die in eingebildeter Selbständigkeit die Gestaltung der Praxis, der sie dient und zugehört, bloß als ihr Jenseits betrachtet und sich bei der Trennung von Denken und Handeln bescheidet, hat auf die Humanität schon verzichtet.« *Max Horkheimer*

## I. Vom Elfenbeinturm zur Wissensfabrik

Das Beunruhigende an den sozialen Veränderungen, die derzeit in allen Gesellschaftssystemen stattfinden, ist, daß sie sich in der Regel einer festen Kontrolle entziehen; sie sind noch nicht hinreichend definierbar. Der Industrialisierungsprozeß bricht in gewohnte Lebensbezüge ein, trifft die an überkommene Verhaltensweisen fixierten Individuen oft unvorbereitet und erzwingt zugleich, daß die eingerissenen menschlichen Beziehungen in einem veränderten Sozialzusammenhang neu gestaltet werden.

Die Probleme, die sich daraus ergeben, sind in ihrer allgemeinen Bedeutung vorläufig kaum abzuschätzen, nicht zuletzt deswegen, weil sich der soziale Gesamtzusammenhang, den sie signalisieren, erst einzustellen beginnt; er kann nur auf dem Hintergrund von Vorstellungen über die Zukunft selbst sichtbar gemacht werden. Diese ist mehrdeutig – je nachdem, welche der heute miteinander konkurrierenden Gesellschaftskräfte sich durchzusetzen vermögen.

Wo immer die Reform einzelner Institutionen diskutiert wird, stehen sich daher divergierende Standpunkte gegenüber. Bleibt die Argumentation dem traditionellen Selbstverständnis der in Frage stehenden Institution verhaftet, so führen auch die Reformvorschläge nicht über dieses Selbstverständnis hinaus. Statt zur Reform kommt es nur zur Beschreibung des zu Reformierenden. Nicht berücksichtigt wird dabei die Frage nach dem Beitrag, den die Institutionen im Rahmen einer fortschreitenden Demokratisierung der Gesamtgesellschaft zu leisten hätten.

### *Bildungswesen und Industrialisierung*

Dies trifft auch für den Hochschulbereich zu. Margherita von Brentano hat für die Zeit nach 1945 drei Tendenzen in der Diskussion über die Reform der Hochschulen unterschieden:

1. Eine konservativ-reformatorische Tendenz, deren Motto der Göttinger Historiker Heimpel als »Bewahren und Ergänzen« formuliert hat. Sie wird im wesentlichen von den Universitäten selbst, jedenfalls von ihren offiziellen Organen und der Mehrzahl der Professoren, vertreten.

2. Eine funktionalistische Tendenz, die die Universitäten leistungsfähig für die bestehende Gesellschaft haben und primär auf diese Leistung verpflichten will. Sie wird neuerdings, in zunehmender Konkurrenz zur ersten, insbesondere von Staat und Wirtschaft gegenüber der Universität vertreten.

3. Quer zu diesen beiden eine radikal progressive Tendenz, Wissenschaft und Hochschulen sowohl selbst zu demokratisieren als auch aus ihrer Verantwortung für die Demokratisierung und Rationalisierung (im Sinne des Vernünftigwerdens, nicht des reibungslosen Funktionierens) der Gesamtgesellschaft zu begreifen und zu erneuern. Sie wird vor allem von studentischen Gruppen vertreten, aber auch von einigen Hochschullehrern befürwortet (VI, 376); ihren konsequentesten Niederschlag fand sie in der vielbeachteten SDS-Denkschrift *Hochschule in der Demokratie* (XXII)<sup>1</sup>.

Daß die funktionalistische Tendenz mehr und mehr in den Vordergrund rückt, läßt sich durch einen Vergleich der Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die vor den Neuordnungsempfehlungen im Mai 1966 veröffentlicht worden sind, mit eben diesen und denen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen vom Juli 1967 sowie dem Dahrendorf-Plan für die Hochschulorganisation in Baden-Württemberg (XV) feststellen. Waren die ersten Empfehlungen nach dem Motto »Bewahren und Ergänzen« auf die Vermehrung von Lehrstühlen und die Stärkung des Mittelbaus ausgerichtet, ohne dabei die herkömmlichen Strukturen von Forschung und Lehre (und des Lernens) anzutasten, so sind bei den neueren Vorschlägen – wenn dies auch selten offen gesagt wird – gerade diese Strukturen Gegenstand der Reform.

Die Gründe dafür, daß dieser Umschlag erst so spät eingesetzt hat, müssen in der bundesrepublikanischen Geschichte und in

<sup>1</sup> Die im Text zitierte Literatur ist im Anhang auf S. 159 ff. aufgeführt.

der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung der kapitalistischen Industrienationen nach 1945 gesucht werden.<sup>2</sup> Die Restauration der neuhumanistisch-idealistischen Universitätsidee des beginnenden 19. Jahrhunderts war durch eine Mißdeutung des Versagens der Universität gegenüber dem Nationalsozialismus begünstigt worden. Nachdem dies Versagen der moralischen Schwäche einzelner Professoren sowie dem Einbruch der Politik in den Universitätsbereich zugeschrieben worden war, lag es nahe, auf den alten Begriff von akademischer Bildung zurückzugreifen: ihr Wert wurde darin gesehen, daß in einem von den Interessen der Gesellschaft losgelösten Raum »zweckfrei« geforscht wird, um so dem Individuum charakterformende geistig-sittliche Bildung zuteil werden zu lassen (XXVII, 120 ff.; VI, 376 f.)

Eine solche Bildungsidee setzt sowohl eine aristokratische Gesellschaftsverfassung voraus, welche einer Oberschicht die Möglichkeit einer von der Daseinsvorsorge entlasteten Lebensführung bietet – eine Voraussetzung, die auch zu Humboldts Zeiten mehr Ideologie als Wirklichkeit war –, als auch eine Trennung zwischen wissenschaftlicher Theorie und technisch-handwerklicher Praxis: die technischen Fertigkeiten, die zur Aufrechterhaltung der arbeitsteiligen Reproduktion der Gesellschaft erforderlich sind, sollen außerhalb des Bereichs theoretischer Reflexion vermittelt werden. Solange die Strukturen einer vorindustriellen Arbeitswelt funktionsfähig waren, konnte man auch davon ausgehen, daß diese Techniken in den gesellschaftlichen Institutionen »nach tradierten Mustern der Geschicklichkeit pragmatisch eingeübt wurden«.<sup>3</sup>

In dem Maße, in dem sich nun die deutsche Universität der Wiederherstellung ihres überkommenen Selbstverständnisses zuwandte, ignorierte sie den tiefgreifenden sozialen Umbruch,

2 Die Ausführungen über Bildungssystem und Industrialisierung, technologischen Fortschritt und Kapitalismus, neue Konzernformen, westdeutsche Wirtschaft unter Druck, öffentliches Elend bei privatem Überfluß stützen sich auf Diskussionen mit und Vorarbeiten von Rudolf Sinz.

3 Jürgen Habermas, *Vom sozialen Wandel akademischer Bildung*, in: *Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule* (Hrsg. Stephan Leibfried), Köln 1967, S. 12.

in den der rasch fortschreitende Industrialisierungsprozeß sie hineinriß. (XXVII, 120). Daß Staat und Gesellschaft ihre Ansprüche nicht sofort anmeldeten, verdankten die Universitäten nicht den gewandelten politischen Verhältnissen, sondern ironischerweise den »Vorleistungen«, welche die nationalsozialistische Herrschaft der westdeutschen Wirtschaft zuspilte. Die während der NS-Epoche in staatliche Regie genommene Forschung, die Vermittlung technischer Kenntnisse, welcher die zur Kriegführung Herangezogenen und die Bevölkerung bedurften, und schließlich der bis 1961 anhaltende Zustrom von Flüchtlingen trugen dazu bei, daß der westdeutschen Gesellschaft zunächst nicht die fundamentale Bedeutung aufging, die dem Bildungssystem und den wissenschaftlichen Institutionen in der kapitalistischen Gesellschaft zukommt: die eines Lieferanten technischer Neuerungen und qualifizierter Arbeitskräfte, mit deren Hilfe der wissenschaftlich-technische Fortschritt profitabel verwertet werden kann.

### *Technologischer Fortschritt und Kapitalismus*

Allen anderslautenden Behauptungen zum Trotz gelang es dem Kapitalismus bislang, die tödliche Krise zu verhindern, ohne allerdings seinen Grundwiderspruch lösen zu können; es ist jener des aufsteigenden Bürgertums, das »Gleichheit« fordert, ohne zu erkennen, daß seine eigene Stellung auf der Ausnutzung von Ungleichheiten basiert: insbesondere der Ungleichheit zwischen dem besitzlosen Proletariat und dem Reichtum der Feudalkaste. In den wankend gewordenen Feudalverfassungen, vor Anbruch des Zeitalters der Massenproduktion, bestand das Geschäft der Profitmacherei darin, die unterschiedlichen Lebenshaltungsniveaus des landflüchtigen Proletariates und des sich in prunkender Zurschaustellung gefallenden Adels gegeneinander auszuspielen; Gewinn ließ sich dadurch erzielen, daß dem Proletariat für seine Arbeitsleistung das kärgliche Existenzminimum gezahlt (Minimierung der Kosten) und dem Adel die durch Erbe und Kriegsbeute zugewachsenen Vermögen ausgenommen wurden (Maximierung der Preise). Noch konnten Arbeits- und Ab-

satzmarkt verschiedenen Bevölkerungsgruppen zugeordnet werden, die nicht durch eine durchgängig arbeitsteilige Interdependenz in einen zwingenden Zusammenhang gebracht worden waren.

In dem Maße jedoch, wie diese Interdependenz sich herstellte und die Feudalverfassung zerrieben wurde, wie träges Grundvermögen gegenüber nach hektischer Vermehrung drängendem Industriekapital und Leistungseinkommen an Bedeutung verlor, war das kapitalistische System gezwungen, von Periode zu Periode selbst die Voraussetzungen für die Erzielung von Mehrwert zu schaffen. Hier nun erhalten die Löhne und Gehälter ihren widersprüchlichen Charakter: sind sie privatwirtschaftlich Teil der Kosten und somit für den einzelnen Unternehmer gewinnschmälernd, der sie deshalb auch zu senken sucht, so bilden sie in ihrer Gesamtsumme das Masseneinkommen und damit gesamtwirtschaftlich die entscheidende Voraussetzung für den Absatz der Produkte.

Denken wir uns zur Verdeutlichung des Problems eine kapitalistische Gesellschaft ohne Außenhandel. Für die Konsumgüterindustrie kann die Gesamtsumme der verdienten Löhne und Gehälter die profitgarantierende Funktion der Adelsvermögen übernehmen. Voraussetzung für die Profite ist ja allein, daß die Nachfrage größer ist als die Kosten der angebotenen Produkte. Die im Konsumgütersektor verdienten Löhne reichen jedoch nicht aus, die übrigen Kosten der Konsumgüterproduktion zu decken und den erwarteten Gewinn zu sichern. Es muß daher zusätzliche Nachfrage erzeugt werden, die nur aus einem anderen Bereich der Wirtschaft kommen kann: von den Löhnen, die im Investitionsgüter-Sektor ausgezahlt werden.

Dadurch verschiebt sich die Lücke des Systems auf den Investitionsgüterbereich. Auch dessen Umfang ist abhängig von einer Nachfrage, die groß genug ist, um die anfallenden Kosten zu übersteigen und dadurch Gewinne entstehen zu lassen. Die Nachfrage kommt hier allerdings von Unternehmern – und seit der Jahrhundertwende zunehmend auch vom Staat. Das Ausmaß, in dem Investitionen nachgefragt werden, hängt jedoch von den Profiten ab, die durch die Investitionen er-

wirtschaftet werden sollen. Da diese aber letzten Endes wieder von Konsumenten erbracht werden sollen, klafft hier die Lücke.

Der kapitalistische Widerspruch stellt sich nun in der folgenden Weise dar: Unternehmen, die ausschließlich Konsumgüter herstellen, können nur dann einen Gewinn realisieren, wenn der Investitionsgütersektor eine bestimmte Größe erreicht hat. Andererseits hängt das Ausmaß der Investitionen von den Gewinnerwartungen der Unternehmer ab, die an die für den Konsum verfügbare Kaufkraft gebunden sind. Werden in ausreichendem Maße Investitionen vorgenommen, so zielen sie letztlich auf eine derartig starke Steigerung der Konsumgüterausbildung ab, daß diese von den Konsumenten nicht mehr zu gewinnbringenden Preisen aufgenommen werden kann. Kern aller Krisen bleibt, daß die Konsumenten das Ergebnis der Produktion kaufen müssen.

Die Schwierigkeit, die fabrizierten Produkte absetzen zu können, verschärft sich, weil die Wettbewerbsmärkte heute durch Oligopole ausgehöhlt sind. Auf Wettbewerbsmärkten besteht immerhin die Möglichkeit, daß die Unternehmungen, die mit den geringsten Kosten produzieren, im Markt bleiben und Teile ihrer Kostenreduzierung durch Preissenkungen an die Konsumenten weitergeben: wenn ein Konkurrent durch Rationalisierungsinvestitionen in der Lage ist, mehr Produkte zu niedrigeren Preisen anzubieten, so hat dies zur Folge, daß die unproduktivsten Überkapazitäten durch Konkurs der leistungsschwächsten Produzenten ausgeschaltet werden. Doch dieser Mechanismus der »schöpferischen Zerstörung«, durch den erst nachträglich durch Wertvernichtung eine Kapazitätsanpassung an den Markt erfolgt, ist ebenso irrational wie konzentrationsfördernd und führt über kurz oder lang zu oligopolistischen Verhältnissen, unter denen andere Gesetze gelten. Da hier Preiskämpfe in der Regel zu Pyrrhussiegen führen, werden gewöhnlich Absprachen getroffen, die Preise nicht zu senken. Sind durch Rationalisierungsinvestitionen Überkapazitäten aufgetreten, so werden diese nicht durch Preissenkung ausgeschaltet, sondern durch Verringerung der Ausbringungsmenge. Damit geht aber eine Einschränkung der Beschäftigungsquote einher, die gleichbedeu-

tend ist mit einer Reduzierung der Masseneinkommen und so zu weiteren depressiven Tendenzen führt. Die Weltwirtschaftskrise illustriert diesen Sachverhalt.

John Strachey hat versucht, auch für den oligopolistischen Kapitalismus einen Mechanismus abzuleiten, der die Krise verhindert. Wenn die Märkte sich verhärtet haben und die Preisbewegungen nur noch nach oben ausschlagen, so können seiner Meinung nach die Produktionsvorteile durch den technischen Fortschritt auch ohne Preissenkung den Gewinnbeziehern entzogen werden: durch Lohnerhöhungen, die im Quasi-Oligopol am Arbeitsmarkt erkämpft werden. Er glaubte, zeigen zu können, »daß es gerade der Kampf der demokratischen Kräfte gegen den Kapitalismus war, der dem System das Fortbestehen ermöglichte«. Der Kampf um höhere Löhne habe die Absatzmärkte für Fertigprodukte offengehalten, die ein sich selbst überlassener Kapitalismus zerstört hätte.<sup>4</sup> So richtig es ist, daß diese Strategie den Spielraum kapitalistischer Betätigung vergrößerte, so kann doch keine Rede davon sein, daß damit der Grundwiderspruch gelöst ist. Solange Kapitalismus eine Veranstaltung zur Erzielung von Profiten ist, bestünde eine Lösung erst dann, wenn die Marktausdehnung, die durch die höheren Lohnzahlungen geschaffen wird, ausreichte, um den durch Rationalisierungsinvestitionen geschaffenen zusätzlichen Output aufzunehmen, und zwar in einem Umfang, der den bisherigen und einen zusätzlichen Gewinn garantieren würde.

Das aber setzte voraus, daß die durch den technischen Fortschritt bewirkten Kosteneinsparungen bei der für die Gewinnerzielung notwendig abzusetzenden Menge größer wären als die dafür aufgewandten zusätzlichen Löhne, und daß die notwendig abzusetzende Menge, die den alten und den Zusatzgewinn (ohne den keine Rationalisierungsinvestition durchgeführt wird) garantiert, bei den herrschenden Marktpreisen allenfalls jenes Umsatzvolumen ergäbe, das sich mit den zusätzlich ausgezahlten Löhnen und Gehältern deckt.

Dieses Gleichgewicht ist nun aber nicht herzustellen. Je mehr der technische Fortschritt wirtschaftlich verwertet wird, um

4 John Strachey, *Kapitalismus heute und morgen*, Düsseldorf 1957, S. 154.

so größer ist der Produktionssteigerungseffekt von Rationalisierungsinvestitionen. Daß die Produktion trotzdem nicht zusammenbricht, wird in der Nachfolge von Keynes mit der Ausreifungszeit von Investitionen erklärt. Damit ist gemeint, daß die Errichtung von Anlagen eine beträchtliche Zeitspanne in Anspruch nimmt, bis sie selbst in den Produktionsprozeß eingesetzt werden können und ihre kapazitäts- und damit outputsteigernde Wirkung zur Geltung kommt. Im Gegensatz dazu wirkt sich ihr Einkommenseffekt sofort aus, also die Tatsache, daß zur Erstellung laufend Löhne gezahlt werden, die sofort nach Auszahlung nachfragewirksam auf dem Konsumgütermarkt werden.

Die Folgen dieser Ungleichzeitigkeit zwischen der Auswirkung des Kapazitätseffektes und des Einkommenseffektes vermögen das Geheimnis des »wirtschaftlichen Wachstums« als dem obersten Ziel westlicher Wirtschaftspolitik zu erhelten. Solange ein Wachstum gegeben ist, besteht die Chance, daß zu dem Zeitpunkt, wo sich der Kapazitätseffekt einer Investition auf dem Markt auswirkt, schon wieder neue Investitionen vorgenommen werden, deren Einkommenseffekt garantiert, daß die erste Investition tatsächlich gewinnträchtig wird. Ist dieses Ineinandergreifen gewährleistet, so auch der Gewinn. Allerdings läuft dann die Profitmacherei nach dem Prinzip der Wechselreiterei unendlich in die Zukunft hinein, wobei es zur Spielregel gehört, daß nicht nur neue Investitionen vorgenommen werden, sondern diese stetig wachsen. Denn die Ungleichzeitigkeit von Einkommens- und Kapazitätseffekt ist asymmetrisch. In dem Augenblick, wo die Zuwachsrate der Investitionen zurückgeht, fallen die Einkommen sofort absolut zurück, während die Kapazitäten nur in ihrer Zuwachsrate, also relativ, zurückgehen.

Haben die bisherigen Überlegungen gezeigt, daß eine Politik des wirtschaftlichen Wachstums in der Lage ist, die Lösung des Grundwiderspruchs im kapitalistischen System auf die Zukunft zu verschieben, so steht doch immer noch die Antwort aus, wie denn erreicht werden kann, daß die Unternehmer zusätzliche Investitionen vornehmen. Diese Frage berührt den Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum und technisch-wissenschaftlichem Fortschritt.

Es ist möglich, durch staatlichen Konsum teilweise die Beschränkungen des privaten Konsums aufzuheben. Zwar ist es richtig, daß die Staatsausgaben durch Steuereinnahmen gedeckt werden müssen, die von den verdienten Einkommen erhoben werden; doch der Mechanismus der Steuerbeschaffung ist so gestaltet, daß in einer wachsenden Wirtschaft der Anteil der Privatwirtschaft am Sozialprodukt nicht in dem Maße schwinden muß, wie staatliche Stellen aktiv werden. Vielmehr können sowohl der private Anteil als auch der staatliche Anteil steigen; werden durch staatliche Ausgaben bisher unausgenutzte Produktionskapazitäten in Betrieb genommen – und im Monopolkapitalismus sind brachliegende Kapazitäten die Regel – so entstehen dadurch neben zusätzlichen Löhnen Gewinne, die wegen der schon vorhandenen Anlagen stärker steigen als die Nachfrage insgesamt. Da die Gewinne zudem von der Steuerprogression erfaßt werden, ergibt sich der Hauptanteil der Steuereinkommen aus den Gewinnen. Dem Nachfragepotential des Staates, das dieser durch die zusätzlichen Steuern gewinnt, stehen dann immer noch zusätzliche Gewinne und ein erweiterter Konsumentenmarkt gegenüber (IV, 147, 161 f.).

Der Tendenz nach wird so der Staatshaushalt zu einem Fonds, aus dem Nachfrage mobilisiert wird, die sowohl aus Gewinnen stammt, als auch selbst durch eine – aufgrund der staatlichen Nachfrage – erhöhte Beschäftigung zusätzliche Gewinne entstehen läßt. Die Nutzung der Möglichkeiten, die diese neue Nachfragequelle bietet, führt freilich zu einer entscheidenden Transformation des Kapitalismus: die Erzielung von Gewinnen bleibt nicht mehr allein an die Bedürfnisse der Konsumenten gebunden – Bedürfnisse, die ohnehin schon lange in stärkerem Maße aufgezwungen als befriedigt worden waren –, vielmehr erweitern sich die Produktionsziele um die Wünsche und Probleme, welche der Staatsapparat erfüllt und gelöst wissen will. Es ist kein Zufall, daß der Aufbau des amerikanischen Verteidigungssystems diese Transformation eingeleitet hat.

Im Gegensatz zu anderen öffentlichen Projekten wirkt sich die Rüstungsindustrie weder in unerwünschter Weise auf die Sozialstruktur aus, noch besteht die Gefahr, daß durch die

öffentlichen Aufträge einem bisher der Privatwirtschaft vorbehaltenen Markt Konkurrenz entstünde. Vielmehr koinzidieren hier die politischen mit den ökonomischen Interessen. Die Rüstungspolitik wirkt durch zusätzliche Beschäftigung und steigende Gewinne innenpolitisch – insbesondere für die Schwerindustrie, die durch die Umstellung nach dem Krieg in Schwierigkeiten geraten war – ebenso systemerhaltend, wie die zur Eindämmung des Sozialismus betriebene »Sicherheitspolitik« bestehende oder zukünftige Absatzmärkte zu sichern in der Lage ist und dafür sorgt, daß die von der Rüstungswirtschaft benötigten Rohstoffe beschafft werden können (IV, 173 f., 181 ff.).

Die Entwicklung, die sich in den USA vollzogen hat, ist in unserem Zusammenhang aus zwei Gründen wichtig: wegen der Ausdehnung der Einflußsphäre der USA und wegen der Entscheidungen, die hinsichtlich der Verwertung des technischen Fortschritts getroffen wurden.

Die Bedeutung, die dem Ausbau großer Forschungszentren wie der RAND-Corporation zukommt, liegt weniger in der intensiven Erforschung einzelner Phänomene mit dem Ziel, völlig neue Produkte zu erfinden, als vielmehr in der Entwicklung neuer Kategorien für Problemlösungen im Sinne der Ermittlung von technischen und von Ablaufsystemen. Herbert Gross bezeichnet das Systemdenken als »eine technische Neuerung in sich selbst; es beruht auf der Erarbeitung einer optimalen Problemlösung aus vielen Bausteinen« (XII, 49).

Der Ausbau der Systemforschung verändert den Charakter der Auftragsforschung. Weil es sich hier um komplexe Systeme handelt, ist es unmöglich, präzise umschriebene Aufträge zu vergeben; vielmehr verbinden sich Wissenschaftler, Unternehmer und Staatsbeamte zu einer organisatorischen Synthese, wobei es z. B. den Beamten des amerikanischen Verteidigungsministeriums nicht mehr selbst möglich ist zu sagen, was sie benötigen, sondern es ein Teil der Aufgabe der »betrauten Unternehmung« ist, dazu Vorschläge zu unterbreiten (XII, 31). Industrieunternehmen ihrerseits sind dazu jedoch nur in der Lage, wenn sie selbst über ein Team von entsprechend hochqualifizierten Wissenschaftlern verfügen, die die bereitstehenden technischen Kenntnisse zu einer

für den Auftraggeber akzeptablen Lösung zusammensetzen. Damit verkauft aber das Unternehmen nicht mehr allein die zu erstellenden Produkte, sondern auch den erarbeiteten Lösungsvorschlag: »Im Grunde wird die Offerte die Lieferung. In der Erarbeitung der Problemlösung können 25 bis 50<sup>0</sup>/<sub>0</sub> des gesamten Umsatzes stecken. Die Offerte ist gleichsam die eigentliche Produktion; die Produktions- und Lieferkosten werden fast zu Anhängseln. Deshalb muß der Kunde selbst einen Großteil der Offerten und Erarbeitung mitbezahlen, wie dies im Rüstungs- und Weltraumsektor bereits der Fall ist« (XII, 27).

Systemanalyse und System-Management bleiben freilich nicht auf den Bereich der Rüstung und der Weltraumforschung beschränkt, sondern finden in der zivilen Wirtschaft als Unternehmensforschung und in Form systematisierter Methoden des Marketing vielfältige Verwendung. Mit diesen Instrumenten läßt sich intensivieren, was die kapitalistische Wirtschaft immer schon tat – den Prozeß der von Schumpeter so genannten »schöpferischen Zerstörung« voranzutreiben, also das zum Prinzip zu machen, was den ökonomischen Kern der Rüstungswirtschaft bildet: Destruktion, und zwar nicht nur im Falle von Kriegen, sondern schon durch die Produktion von Rüstungsgütern selbst. Denn durch die naturwüchsig entbundene Intensivierung des technischen Fortschritts wird eine stetige Entwertung der Waffensysteme erzeugt, also nicht erst durch ihren technischen Verschleiß, sondern bereits durch die produzierte Abwertung, die ökonomisch zur Folge hat, daß der Bedarf an Rüstungsgütern auch ohne Krieg immer wieder erneuert wird – und damit die Gewinnquellen.<sup>5</sup>

Zerstörung dieser Art läßt sich auf den Investitionsgütermarkt leicht übertragen. Solange monopolistische Bedingungen auf einem Markt vorherrschen, bedeutet jede Einführung kostensparender Produktionsverfahren einen Zusatzgewinn,

<sup>5</sup> Wie entscheidend die Erweiterung des Marktes für die Beteiligten ist, wird durch folgende Tatsachen deutlich: 1961 entfielen drei Viertel des gesamten Rüstungsbudgets der USA (21 Mrd. US-Dollar) auf 100 Großgesellschaften, 7,6 Mrd. US-Dollar wurden allein von 10 Konzernen vereinnahmt, darunter drei Gesellschaften, die je über eine Mrd. US-Dollar erhielten (IX, S. 62).

der aufgrund der nicht flexiblen Preise der Produkte erzielt werden kann. Die Einführung der neuen Verfahren wird erleichtert, wenn die Abschreibungspraktiken darauf abgestellt sind, mit einem raschen wirtschaftlichen Verschleiß der Anlagen zu rechnen, und wenn die Abschreibungssätze bei der Preispolitik berücksichtigt sind. Die intensivierte Anwendung des technischen Fortschritts im Investitionsgütersektor bedeutet nun, daß Forschungsteams systematisch den Markt nach Lücken absuchen, um mögliche Gewinnchancen für die Käufer von Anlagen zu finden. Dadurch werden nicht nur zusätzliche Profitquellen erschlossen; diese Praxis verhindert auch, daß die Automation sich in Richtung auf eine dem technischen Wissensstand entsprechende Befreiung der Bevölkerung von dem Zwang der materiellen Reproduktion auswirkt – durch Zerstörung alter, aber noch brauchbarer Praktiken und bestehender Märkte.

Der Spielraum der kapitalistischen Expansion ist damit abermals erweitert, und zwar in einer Weise, die dem Mechanismus des Wachstums entgegenkommt. Indem Probleme gesucht und gelöst werden, welche die Kaufbereitschaft nicht von Konsumenten, sondern von Produzenten hervorlocken, die nach einer Anlage ihrer Gewinne suchen, wird nicht nur vorhandene Kaufkraft in Kaufbereitschaft umgewandelt, sondern auch eine Kaufbereitschaft mobilisiert, die ihrerseits neue Investitionen erforderlich macht und damit zusätzliche, wachstumssteigernde Kaufkraft erzeugt (XII, 30). Damit ist das Kunststück geschafft, durch neue Investitionen die rückläufige Beschäftigungsquote – bedingt durch immer stärkere technische Innovation – aufzufangen, allerdings nicht, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen, sondern um durch immer neue Zerstörung nicht nur dem individuellen Konsum »dienender« Produkte, sondern in erster Linie ganzer Produktionsanlagen und der in sie eingegangenen Techniken, Produktionsziele zu verfolgen, denen das Produkt gleichgültig und die Profitmacherei endgültig zum Selbstzweck geworden ist.

Die Quelle neuer Profite verschiebt sich so mehr und mehr auf die Leistungsfähigkeit der technologischen Wissensproduktion, die als »dritter Faktor« die anderen beiden Wachs-

tumsfaktoren Kapital und Arbeit in den Hintergrund drängt. Auf diesem Hintergrund wird dann auch deutlich erkennbar, warum die Forderungen, die Weltraumforschung zu intensivieren, nicht abreißen. Der Grund ist offensichtlich: »Heute nähern wir uns einem Zustand, in welchem große Kriege zu riskant werden, weil sie die Existenz der Menschheit bedrohen. Also geht es um den Ersatz kriegswirtschaftlicher Aufgaben« (XII, 39). Wernher von Braun ist einer der vielen Propagandisten der Weltraumforschung. Seine Begründung für den Ausbau dieses Forschungszweiges lautet, daß von ihm technologische Anregungen ausgehen, die organisatorische und wirtschaftliche Impulse nach sich ziehen, ohne die heute kein hochzivilisiertes Land mehr auskommen kann.<sup>6</sup>

Damit ist jedoch erst ein Teil der Konsequenzen des technischen Fortschritts beschrieben. Wenn auch größere Spielräume für die Kapitalverwertung im Binnenmarkt geschaffen wurden, so bleibt doch immer noch der Druck des Produktionspotentials auf die Konsumentenmärkte. Die Kehrseite des so in Regie genommenen technischen Fortschritts bleibt der Imperativ seiner Verwertung: »Mach' andere reich, damit du selber reicher wirst«, wobei ›reich machen‹ nicht nur als Verfügungkönnen über Einkommen verstanden werden darf, sondern auch als Verfügungsmüssen über die angebotenen Produkte. Konsumenten müssen sich zu ›Konsumgemeinschaften‹ gruppieren, die zusammengehalten werden durch gemeinsame Interessen und gemeinsame Freizeit- und Konsumstile, wenn die Möglichkeiten der Massenproduktion ausgenutzt werden sollen.<sup>6a</sup> Wegen der immens gesteigerten Produktionsmöglichkeiten gilt dieser Imperativ nicht nur dem Konsumenten am amerikanischen Binnenmarkt, sondern auch für die Auslandsmärkte. Nun eignen sich jedoch für das Geschäft des Reichmachens nur Auslandsmärkte in solchen Ländern, die ebenfalls von reichen Nachbarn leben, also von Gesellschaften mit kapitalistischem Wirtschaftssystem, die deswegen

6 *Die Forschung braucht mehr Geld*, Bericht über die Feier zur Verleihung der Goldenen Wilhelm-Bölsche-Medaille an Wernher von Braun, in: *Handelsblatt* vom 14. 3. 67.

6a Herbert Gross, *Kein Reichtum ohne Reichtum aller*, in: *Handelsblatt* vom 13./14. 10. 67.